

200 170

140
DIN 19 051

120

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundes- republik Deutschland e.V. BUNDES- SGK



ENTWURF

DIE 80er JAHRE - HERAUSFORDERUNG FÜR
SOZIALDEMOKRATEN IN STÄDTEN UND GEMEINDEN

- LEITLINIEN FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNALPOLITIK -

Beschluß des Vorstandes
der Bundes-SGK vom
29. September 1982

C 98 - 03064

Bundes-SGK
Olmsbuerstraße 1
5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 5 32-1
Telegramm-Adresse:
SOPADE BONN
Telex 08 86 306

Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 380 101 11
Konto-Nr. 1020189700
Bundes-SGK, Bonn

Bonn, den 29. September 1982.

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen!

Der Bundesvorstand der SGK stellte sich schon vor Jahresfrist unter dem Eindruck der sich ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die auch die Städte, Gemeinden und Kreise leitet, die Aufgabe, darauf zeitgemäße und vorausschauende Antworten zu geben. Das Ergebnis liegt jetzt vor und ist als Antrag zur im Februar 1983 stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung der SGK zu verstehen. Das weitere Ziel der SGK ist es, nach der Beratung in den eigenen Reihen dieses Papier dem Parteivorstand der SPD mit der Bitte zu übergeben, es der Partei zur Diskussion zur Verfügung zu stellen, um es dann dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag vorzulegen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß wir damit nicht ein neues Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm der SPD entwickeln wollten. Vielmehr steckt dieses Papier einen Handlungsrahmen unter neuen Bedingungen ab. Das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD behält seine Gültigkeit. In dem vorgelegten Entwurf wird der Versuch gemacht, die kommunalpolitischen Handlungsfelder zu beschreiben und zum Teil neu zu gewichten, die auch in schwierigen Zeiten von Sozialdemokraten bearbeitet werden müssen. Die Antworten, die entwickelt worden sind, konzentrieren sich vor allem auf die sozialpolitischen und investitionspolitischen Möglichkeiten der Kommunen. Daneben werden auch andere wichtige Bereiche der Kommunalpolitik bis hin zum Umweltschutz behandelt. Schließlich geben wir Hinweise auf die Wahl-situation in Städten, Gemeinden und Kreisen. Der Vorstand der Bundes-SGK hielt es für erforderlich, den von ernst zu nehmenden Experten vorausgesagten Entwicklungen ins Auge zu blicken und Antworten darauf für die tägliche Praxis zu geben.

Wir geben diese Leitlinien für sozialdemokratische Kommunalpolitik den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik an die Hand und hoffen, daß sich auch die nicht in der SGK organisierten kommunalen Mandatsträger der SPD an den Beratungen und Diskussionen über dieses Papier beteiligen werden. Es ist verständlich, wenn wir auch in diesem Zusammenhang dazu auffordern, unserer Gemeinschaft beizutreten.

Mit freundlichen Grüßen



Günter Samtlebe
Vorsitzender



Peter Klein
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied

Erarbeitet von den Mitgliedern der "Kleinen Programmkommission",
die vom Vorstand der Bundes-SGK für diese Aufgabe berufen wurden:

EICHEL, Hans	Oberbürgermeister, Kassel, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK
KLEIN, Peter	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundes-SGK
LANG, Dr. Gerhard	Bürgermeister, Stuttgart, Mitglied des Vorstandes der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK Baden-Württemberg
NEUBER, Peter	Oberbürgermeister, Neunkirchen, Stellv. Vorsitzender der SGK Saarland
NIGGEMEIER, Horst	Bürgermeister, Datteln, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Recklinghausen, Chefredakteur "einheit"
PFEIFFER, Ulrich	Ministerialdirektor, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
RICHTER, Dr. Bodo	Oberstadtdirektor, Wuppertal, Schriftführer der Bundes-SGK
SAUBERZWEIG, Dr. Dieter, Mda.	Leiter des Deutschen Institutes für Urbanistik, Berlin
SCHÄFER, Prof. Dr. Friedrich	Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK



C 98 - 03064

INHALTSVERZEICHNIS:

	Seite
I. Wirtschaftliche und ökologische Ausgangspunkte	1
II. Der wirtschaftliche und finanzielle Rahmen für die Kommunen in den 80er Jahren	4
Die Mitverantwortung der Städte und Gemeinden für Wachstum und Vollbeschäftigung	
III. Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kommunalpolitik	7
Das Übel Arbeitslosigkeit	
Die Folgen der Arbeitslosigkeit für den einzelnen	
Junge Dauerarbeitslose und unbeschäftigte jugendliche Ausländer	
Die Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kommunen	
IV. Kommunale Sozialpolitik unter neuen erschwerten Bedingungen	13
V. Künftige Aufgaben kommunaler Gesellschaftspolitik	19
1. Kommunalpolitik und Selbstorganisation der Bürger	
2. Kommunale Unterstützung der Vereinsarbeit	
3. Entwicklungsplanung für die Stadt und die Stadtteile	
4. Dezentrale Kommunalpolitik in Bezirksvertretungen und Ortsbeiräten	

5. Politische Vorfeldarbeit	
6. Politische Kultur in der kommunalen Demokratie	
7. Neue Kommunikationstechnologien	
8. Kommunale Kulturpolitik	
9. Jugend und Kommunalpolitik	
10. Zusammenleben mit den Ausländern	
11. Stadt- und Dorfgestaltung	
12. Heimatbewußtsein und Kommunalpolitik	
13. Kommunalverwaltung - Dienst am Bürger	
VI. Kommunale Finanzforderungen	37
Strategien zur Verbesserung der kommunalen Finanzen	
Die von den Kommunen selbst zu ergreifenden Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung	
Kommunale Einnahmeverbesserungen, die nur im Rahmen einer neuen Gemeindefinanzreform zu erreichen sein werden	
VII. Kommunales Wirtschaften und Investieren in der Wachstumsabschwächung	42
1. Die Dringlichkeit der Aufgabe	
2. Die Rolle der Kommunen als Arbeitgeber	

3. Kommunale Wirtschaftsförderung	
4. Veränderung von Investitionsprioritäten	
5. Kommunale Wohnungspolitik	
6. Stadtentwicklungsmaßnahmen	
7. Verkehrsinvestitionen	
VIII. Ökologische Herausforderungen verändern die Kommunalpolitik	56
1. Wirtschaft und Umwelt in der Kommunalpolitik	
2. Umweltschutz als Prinzip kommunaler Entwicklungspolitik	
3. Umweltschutz als Organisationsproblem der Kommunalpolitik	
4. Umweltpolitische Arbeitsfelder der Kommunalpolitik	
IX. Die SPD und ihre Wähler in den Kommunen	64

I. Wirtschaftliche und Ökologische Ausgangspunkte

Die deutschen Städte und Gemeinden ^{von Kräse} haben mit dem Wiederaufbau nach 1945 eine historische Leistung vollbracht. Zunächst ging es darum, die Existenz zu sichern; das Dach über dem Kopf war in dieser Zeit wichtiger als hohe Städtebaukunst. Zugleich waren auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit ein gesellschaftliches Bewußtsein und die Bereitschaft zur Mitverantwortung zu entwickeln.

Aufbau und Standort der Gemeinden sind im Godesberger Programm der SPD von 1959 definiert worden:

"Die Gliederung der öffentlichen Gewalt in Bund, Ländern und Gemeinden soll die Macht verteilen, die Freiheit stärken und dem Bürger durch Mitbestimmung und Mitverantwortung vielfachen Zugang zu den Institutionen der Demokratie geben. Freie Gemeinden sind unerlässlich für eine lebendige Demokratie. Deshalb bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu den Grundsätzen der Gemeindefreiheit einschließlich der bürgerlichen Selbstverwaltung, die weiter auszubauen und auch finanziell zu sichern sind."

In den zurückliegenden Jahrzehnten ist in Städten und Gemeinden viel erreicht worden

Gestützt auf dieses Selbstverständnis als politisches Fundament konzentrierten sich die Kommunalpolitiker in der langen Wachstumsphase darauf, daß eine umfassende öffentliche und private Infrastruktur und die Voraussetzungen für leistungsfähige soziale Dienste geschaffen wurden.

Heute hält die Versorgung der Bevölkerung in zentralen Bereichen auch hohen Anforderungen stand. Die kommunale Infrastruktur stellt ein Fundament unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dar. Das breite Angebot hat dazu beigetragen, soziale Ungerechtigkeiten abzubauen und eine relativ gleichmäßige und vor allem in den siebziger Jahren steigende Lebensqualität zu erreichen.

Wenige Hinweise können das verdeutlichen:

- Von 1968 bis 1979 stieg die Zahl der Kinderkrippen, Kinderhorte und Kindergärten um weit über 50 Prozent. Inzwischen gibt es bereits etwa 28.000 derartige Einrichtungen.
- Der Wohnungsbestand hat von 1960 bis 1980 um 10 Millionen Wohnungen zugenommen. Die durchschnittliche Wohnfläche eines Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes mit mittleren Einkommen ist von 69,4 qm in 1971 auf 84,5 qm in 1981 gestiegen, Alt- und Neubauten zusammengerechnet.

- In den 20 Jahren von 1960 wurden 100.000 km Straße und 4.900 km Autobahn neu gebaut.
- Die Bleibelastung der Luft in den Zentren der Großstädte ist gegenüber 1970 um mehr als 65 % zurückgegangen. Staub- und Rußemissionen sind in den letzten 10 Jahren um mehr als 50 % gesunken.
- 65 % der Abwässer werden in öffentlichen Kläranlagen vollbiologisch gereinigt. (1969: nur 35 %). 25 % des Hausmülls werden inzwischen der Energiegewinnung zugeführt.

Die enorme Steigerung der Produktion und des privaten sowie öffentlichen Konsums haben auch zu Fehlentwicklungen geführt. Lärm- und Abgasbelastungen durch den Autoverkehr haben erheblich zugenommen. Das Flächenwachstum der Städte war vielfach zu ungeordnet und nahm zu wenig Rücksicht auf Erholungsbedürfnisse und Umweltschutz. Die aus der Energieversorgung, der industriellen Produktion, der Landwirtschaft und dem Autoverkehr stammenden Umweltbelastungen sind zu hoch. Das Wachstum des privaten und öffentlichen Güterverbrauchs hatte oft Vorrang vor immateriellen Werten. Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl sind im Wohlstand eher abgebaut worden. Viele Menschen fühlen sich heute größeren Belastungen unterworfen als noch vor einigen Jahren.

Die Städte haben sich gegenüber solchen Fehlentwicklungen um Korrekturen bemüht. Die Forderung nach einer menschlichen Stadt hat konkrete Maßnahmen zur Folge gehabt, die stärker den Bedürfnissen der Menschen als den Anforderungen von Wirtschaft und Technik dienen. Diese Gegensteuerung und dieses Umdenken waren jedoch nicht ausreichend. Die Frage, wie der Weg zu einer humaneren und ökologisch vernünftigeren Wirtschaftsordnung und Technik gefunden werden kann, ist daher zu einem zentralen Thema geworden. In dem Diskussionspapier der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand 'Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens' vom Februar 1982 (Grundwertepapier) heißt es dazu:

"Auch wir müssen uns heute fragen, ob eine Fortsetzung des Weges der Industriegesellschaft ohne entscheidende Korrekturen noch zu den humanen Zielen führen kann, um deren Willen wir ihn eingeschlagen haben. In einigen Bereichen wird schon heute

Viele Menschen fühlen sich größeren Belastungen unterworfen als noch vor einigen Jahren

deutlich, daß wir humanen Fortschritt in Zukunft nur dann werden erzielen können, wenn die Richtung der technisch-ökonomischen Entwicklung geändert wird. Freilich wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, den Weg der Industriegesellschaft insgesamt als einen Fehler der neuzeitlichen Entwicklung zu beklagen und einen romantischen Rückfall in die angebliche Idylle vorindustrieller Zeiten zu propagieren."

Diese Rückbesinnung fällt mit der Erkenntnis der Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums und einer drastischen Einengung der finanziellen Möglichkeiten zusammen. Das hat für die Kommunalpolitik der kommenden Jahre erhebliche Konsequenzen. Infrastruktur und Gebäudebestand für bewährte bisherige kommunale Leistungen sind im Grundsatz vorhanden. Eine Fortsetzung der Infrastruktur- und Investitionspolitik im bisherigen Umfang ist daher weder erforderlich noch finanziell möglich.

Drastische Einengung der kommunalen Finanzen

L5

In dieser Situation muß die Kommunalpolitik neue Prioritäten setzen. Sie wird ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn für die kommunale Selbstverwaltung ein ausreichender Spielraum bleibt. Städte und Gemeinden müssen ihre Politik dabei unter fünf Ziele stellen:

- Die schwächeren Gruppen dürfen in der Phase einer Wachstumsabschwächung nicht gegenüber anderen zurückfallen.
- Arbeitsplätze schaffen, Energie sparen und die Wasserversorgung sichern, das sind Schwerpunkte der künftigen kommunalen Investitionspolitik.
- Das System der Daseinsvorsorge und die kommunale Infrastruktur müssen funktionstüchtig bleiben.
- Mitbestimmung, Selbsthilfe und Selbstorganisation müssen ein größeres Gewicht erhalten.
- Auf die knapper gewordenen öffentlichen Mittel müssen die Kommunen mit mehr Sparsamkeit und Effizienz beim Angebot öffentlicher Dienste und Güter reagieren.

Neu bestimmte Ziele in der Kommunalpolitik

L6b

Eine Konzentration auf diese Ziele erfordert mehr Mitwirkung der Bürger. Neue Prioritäten setzen Änderungen und Anpassungen voraus. Seine Zustimmung wird nur erreichbar sein, wenn die Ziele der Politik verständlicher werden, wenn die Bürger ihre eigenen Sorgen und Hoffnungen darin wiederentdecken, wenn der Zusammenhang zwischen Politik und Alltagswelt nachvollziehbarer und erlebbarer wird. Die SGK ist der Auffassung, daß die nachfolgend beschriebenen Schwerpunkte die Kommunalpolitik der kommenden Jahre bestimmen werden.

II. Der wirtschaftliche und finanzielle Rahmen für die Kommunen in den 80er Jahren

Die wirtschaftliche Situation und die kommunalen Haushalte zu Beginn der 80er Jahre sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Zu Beginn der 80er Jahre besteht ein hoher Sockel an Arbeitslosigkeit. Die weltweiten wirtschaftlichen Daten lassen befürchten, daß die Zahl der Arbeitslosen trotz erheblicher Anstrengungen in den nächsten Jahren weiter wächst. Zugleich nimmt die Zahl der Erwerbsfähigen in der Bundesrepublik über mehrere Jahre weiter zu, voraussichtlich um 3 Millionen bis 1990. Es ist nicht gelungen, den durch Rationalisierungen verursachten Abbau an Arbeitsplätzen durch höheres Wirtschaftswachstum an anderer Stelle zu kompensieren. Es fehlt an Expansionsmöglichkeiten auf neuen Märkten. Der Wettbewerb auf den Weltmärkten hat sich verschärft. Die Erweiterungsinvestitionen sind gemessen an der steigenden Zahl der Erwerbspersonen zu schwach. Eine positive Entwicklung wird darüber hinaus behindert durch Kapitalmangel, Energiepreiserhöhungen, hohe Realzinssätze und ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit. Dabei hat sich die Steuerlastquote nicht erhöht, gestiegen sind die Abgabenquoten für die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

- Der finanzielle Spielraum für eigenständiges politisches Handeln in den Kommunen geht verloren, weil die kommunalen Ausgaben durchweg durch gesetzliche Aufgabenzuweisungen, durch eigene, langfristig wirkende rechtliche Verpflichtungen und durch einen nur langsam rückführbaren Personalbestand gebunden sind. Die sich abzeichnenden Defizite in den Verwaltungshaushalten gefährden die letzten Handlungsspielräume kommunaler Selbstverwaltung. Dies sind vor allem die "freiwilligen" Leistungen, auf die Vereine und Verbände gerade in schwierigen Zeiten besonders angewiesen sind. Kommunale Selbstverwaltung wird verstärkt zur unteren Vollzugsstelle staatlich vorgegebener Programme.

Wirtschaftsrückgang und Arbeitslosigkeit

Kommunaler Handlungsspielraum gefährdet

L9

- Während wegen der Wachstumsabschwächung und der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Belastungen für Sozialausgaben in den kommunalen Haushalten, teilweise kräftig, zunehmen, werden den Kommunen zugleich Sonderopfer zum Ausgleich der Länderhaushalte über Kürzungen im Finanzausgleich auferlegt. Zudem hält das Wachstum bei den Hauptsäulen kommunaler Finanzen (Gewerbsteuer, Einkommenssteueranteil, staatliche Zuweisungen), gemessen am bisherigen Aufgabenbestand, bei weitem nicht Schritt, sondern schrumpft je nach Wirtschaftslage der Gemeinde. Das wird die Probleme der Kommunalpolitik über Jahre hinweg weiter verschärfen.

Steuer- und Einnahmerückgänge

Die Mitverantwortung der Städte und Gemeinden für Wachstum und Vollbeschäftigung

Trotz des geringen Handlungsspielraumes der Kommunen, der oft nur gegen massive Widerstände erkämpft werden kann, bleiben die Leistungen der Gemeinden für Wachstum und Vollbeschäftigung wichtig.

Leistungen der Kommunen für Wachstum bleiben wichtig

Jede einzelne Gemeinde leistet zwar nur einen kleinen Beitrag im wirtschaftlichen Kreislauf. Einnahmen und Ausgaben sind weitgehend vorbestimmt. Die jeweilige örtliche Wirtschaftsstruktur ist in langen Fristen entstanden und kann kurzfristig kaum verändert werden. Auf der Ausgabe Seite bestehen mit den gesetzlich übertragenen Aufgaben hohe, kommunal kaum einflußbare Belastungen. Das führt oft zu der Meinung, daß den Gemeinden nur eine Anpassungsstrategie bleibe. Richtig ist, daß keine Gemeinde sich durch eigene Ausgabenpolitik oder Investitionsförderung selber aus dem Sumpf ziehen kann. Hierzu ist ihr Einflußbereich zu gering. Würden aber alle Gemeinden so denken und handeln, unterblieben Impulse, die zusammen genommen durchaus Gewicht haben.

Als Strategie ist eine kurzfristige Defizit-spending-Aktion gegenwärtig kaum geeignet. Nachfrageschübe werden an den problematischen volkswirtschaftlichen Relationen, u.a. an einer zu geringen Investitionsquote, kaum etwas ändern. Außerdem ist dafür der Spielraum in den öffentlichen Haushalten zu ge-

ring, sind die Vorbelastungen aus Kreditaufnahmen der Vergangenheit zu hoch. Ein hoher Realzins bei weltweit geringem Wachstum deutet daneben auf eine längerfristige Kapitalknappheit hin. Die weiter steigende Arbeitslosenquote kann eine Erhöhung der Steuerlast- und Abgabenquote trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken erzwingen.

In dieser Situation wird Sparsamkeit zu einem zwingenden Gebot. Alle Ausgabenpositionen müssen ständig darauf überprüft werden, welcher Bedarf dahinter steht oder welche Schäden entstehen, wenn Ausgaben unterbleiben. Es gibt keine Tabupositionen: Vom Repräsentationsaufwand über die Straßenunterhaltung, die Pflege der Grünanlagen bis hin zu den Heizkosten der Büros muß jeder Posten überprüft werden: Die Gemeinden geben Geld der Bürger für die Bürger aus. Öffentliche Leistungen stellen keinen Selbstzweck dar. In einer Zeit, in der die Bürger mit jedem Pfennig rechnen müssen, muß auch die öffentliche Hand auf höchstmögliche Effizienz ihrer Dienstleistungen achten.

Auf der Einnahmeseite muß gelten, daß die Kosten aller einzelnen dem Bürger zurechenbaren Leistungen soweit wie möglich durch Gebühren und Beiträge gedeckt werden. Die Gebührenhalte müssen sich selber tragen. Eine wichtige Ausnahme neben den sozialen Einrichtungen bleibt nach wie vor die Preisgestaltung für den öffentlichen Personennahverkehr. Volle Kostendeckung ist auf Dauer nicht zu erreichen. Hier gilt es, jeweils die Gratwanderung zwischen ausreichendem Leistungsangebot, hohem Kostendeckungsgrad und dem Risiko der Abwanderung auf die privaten Verkehrsmittel auszutarieren.

In der kommunalpolitischen Diskussion begegnet man vielfach der Meinung, große Bauinvestitionen seien das wesentliche Feld kommunaler Wachstumspolitik. Hierfür gelte es, jede verfügbare Mark zu mobilisieren und den Kreditspielraum bis zum äußersten auszuschöpfen. Abgesehen davon, daß viele Bürger für aufwendige Bauvorhaben heute kaum Verständnis haben dürften, muß man gegenüber der Wirksamkeit einer solchen Strategie skeptisch sein. Bauinvestitionen in Hoch- und Tiefbau werden

Sparsamkeit in
Städten und
Gemeinden
wichtig

Kostendeckung
und ihre Grenzen

Kommunale
Bauinvestitionen
werden
begrenzt

oft konsumtiv genutzt (Tiefgarage, Straßen, Fußgängerzonen). Durch diese kollektiven Konsumgüter entstehen keine einkommenschaffenden Dauerarbeitsplätze, stattdessen Folgelasten.

In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Haushaltssituation kommt es darauf an, die vorhandene Infrastruktur funktionsfähig zu erhalten, das System der sozialen Dienste zu sichern und die Voraussetzungen für private Investitionen zu verbessern.

Der seit Mitte der 70er Jahre in Gang gekommene Wandel der Inhalte von Kommunalpolitik beschleunigt sich weiter. Ging die öffentliche Diskussion in der Zeit größeren Wachstums wesentlich um die Verteilung des Zuwachses durch neue Investitionen, so werden sich in den kommenden Jahren die Hauptinhalte auf die Kritik am kommunalen Aufgabenbestand, die weitere Förderung der Vereine und Verbände, die Verbesserung der Wirksamkeit kommunaler Dienste, auf die bloße Unterhaltung der vorhandenen Einrichtungen, vor allem aber auf die Bewältigung der Folgeprobleme der Arbeitslosigkeit konzentrieren.

Neue Schwerpunkte
an der Kommunal-
politik im
Zeichen der
Arbeitslosigkeit

III. Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kommunalpolitik

Das Übel Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist in den 80er Jahren nicht mehr eine vorübergehende Erfahrung einer vergleichsweise geringen Zahl von Menschen in unserer Gesellschaft, sie droht vielmehr für viele Menschen zu einem langanhaltenden Schicksal zu werden. Immer mehr junge Menschen finden keinen Zugang mehr zur Arbeitswelt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die sozialdemokratischen Grundwerte geraten in Gefahr:

Arbeitslosigkeit
ist für den
Menschen schädlich

- Freiheit ist zuerst die Freiheit von Existenzangst. Erst auf dem Fundament einer gesicherten Existenz kann sie sich positiv, als Selbstverwirklichung des einzelnen in der Gemeinschaft, entfalten. Freiheit droht wieder zum Privileg der wirtschaftlich Starken und der Menschen mit sicherem Arbeitsplatz zu werden.

Arbeiten zu können, gehört zur Würde des Menschen

- Gerechtigkeit in einer Gesellschaft bedeutet, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht einseitig auf dem Rücken der Schwächeren ausgetragen werden, daß vielmehr jeder nach seinem Leistungsvermögen zur Überwindung der gesellschaftlichen Probleme beiträgt. Dagegen propagieren die Konservativen wieder ungeniert den Sozialdarwinismus, das Vorrecht des wirtschaftlich Stärkeren. Arbeitslosigkeit wird von ihnen nicht als Folge falscher gesellschaftlicher Ordnung, sondern vielmehr als Ergebnis individuellen Versagens dargestellt.

- Solidarität verlangt das Hinwenden des einzelnen wie der Gesellschaft zu den Schwachen. Sie wird zerstört durch die Wiederkehr der Ellbogengesinnung im Kampf um den Arbeitsplatz, zwischen den gesellschaftlichen Gruppen wie zwischen den einzelnen um die Sicherung ihrer materiellen Existenz und die Erhaltung von Privilegien.

Die vielen von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen erleben diese Situation mit dem Empfinden der Ohnmacht und oft auch des persönlichen Versagens. Junge Menschen, die den Zugang zur Arbeitswelt gar nicht erst finden, machen die Erfahrung, von der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. In einer Gesellschaft, die die Einschätzung der Menschen vor allem von ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihren wirtschaftlichen Leistungen bezieht, werden Arbeitslose zu Außenseitern, die als Last empfunden werden und ihre Bindung an die Gesellschaft und ihr Selbstwertgefühl zu verlieren drohen.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit für den einzelnen

Schon die individuellen Schwierigkeiten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit bedürfen bei längerer Dauer und größerer Zahl der Betroffenen vorbeugender Programme der Kommunalpolitik:

- Mit der plötzlich eintretenden Überschuldung des Familienhaushalts werden viele Menschen nicht fertig. Wenn erst Sozialhilfe eingesetzt werden muß, ist es oft schon zu spät. Rechtzeitige Beratung kann verhindern, daß Menschen bedürftig werden und die Folgewirkungen der nötigen Einschränkungen abmildern.

Mietrückständen kann Obdachlosigkeit folgen

- Mietrückstände sind in vielen von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien typische Reaktionen auf eine nicht bewältigte Notlage. Frühzeitige Vorbeugung gegen Obdachlosigkeit durch Hilfe bei Verhandlungen mit dem Vermieter, durch Gewährung von Darlehen für Mietrückstände können das dauernde Angewiesensein auf öffentliche Leistungen vermeiden.

Desorientierung im täglichen Leben auch durch sinnvolles Freizeitangebot

- Der Verlust der Orientierung in der täglichen Lebensführung ist schwer zu verkraften. Das Angebot an weiterer beruflicher Qualifikation, z.B. durch Kurse in den Volkshochschulen an Vormittagen oder Hinweise auf Vereins- und Verbandsarbeit mit sinnvollem Freizeitangebot sind notwendig, auch wenn sie die vorhandenen Schwierigkeiten nur abmildern.

Verletztes Selbstwertgefühl kann in den Radikalismus führen.

- Mit der Erfahrung, die Solidarität der "glücklich Beschäftigten" zu verlieren, muß der Arbeitslose selbst fertig werden. Sein verletztes Selbstwertgefühl treibt ihn häufig in die Ablehnung dieser Gesellschaft, in den politischen Radikalismus, in das bewußte Aussteigen. Diese Überkompensation muß als solche erkannt und verstanden werden.

Junge Dauerarbeitslose und unbeschäftigte jugendliche Ausländer

Den jugendlichen Dauerarbeitslosen, häufig Haupt- und Sonderschüler, die in den Jahren der großen Ausbildungsplatznachfrage durch die Ablehnung zahlreicher Bewerbungen entmutigt wurden, droht das Image des "Dauerversagers". War bereits das Schulleben durch Mißerfolge geprägt, so mißlingt immer häufiger dazu noch der Einstieg in das Arbeitsleben. Während in früheren Zeiten der Vollbeschäftigung diese Schulabgänger fast immer Arbeit in den Betrieben fanden, werden sie heute in einem erbarmungslosen Ausleseprozeß vom Berufsleben ausgeschlossen. Diese Erfahrung läßt sie an der Gerechtigkeit die-

ser Gesellschaft zweifeln.

Dem müssen die Kommunen durch das Angebot zusätzlicher Ausbildungsplätze, möglichst gezielt für Haupt- und Sonderschüler, vorbeugen. Darüber hinaus müssen sie ein Programm zur beruflichen Qualifizierung, auch mit Nachholeffekt für Ältere, anbieten oder ermutigen. Dies kann dazu beitragen, den mancherorts nach wie vor vorhandenen Facharbeitermangel abzubauen. In den Jahren hoher Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist auch ein Zeitgewinn durch ein zehntes Schuljahr oder ein Berufsgrundbildungsjahr nützlich, bis sich wieder Nachfrage nach Kräften einstellt. In strukturschwachen Räumen muß der Ausbau der überbetrieblichen Ausbildung den Beschäftigungsmarkt stützen. Die Städte und Gemeinden müssen den privaten Betrieben durch ihre Maßnahmen beispielhaft zeigen, daß die heutige Ausbildung über den aktuellen Bedarf hinaus allein die Fachkräfte von morgen sichert.

Die jugendlichen Ausländer der zweiten Generation sind von vornherein vielfach noch stärker benachteiligt. Sie verlieren bereits dadurch den Anschluß, daß ihnen oft die erforderlichen Schulabschlüsse fehlen oder daß die Eltern die Konkurrenz um die Ausbildungsplätze verkennen und mit der Suche zu spät beginnen. Deshalb sind die jugendlichen Ausländer im Schulbesuch und auf dem Ausbildungsplatz weit unterrepräsentiert. Den Familien fehlt meist das Grundverständnis dafür, daß in dieser Gesellschaft des künftigen Arbeitsmangels die Ausbildung das wichtigste Investitionsgut für die Zukunft eines Menschen ist.

Von ihren Eltern unterscheiden sich die jugendlichen Ausländer dadurch, daß ihnen die Bindung an die alte Heimat fehlt, die Bundesrepublik sich aber nicht oder noch nicht als neue Heimat anbietet. Die Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung müssen als kommunale Aufgabe begriffen werden. Gerade die jugendlichen Ausländer sind auf ein Spätbildungssystem dringend angewiesen. Zu ihrer Unterstützung muß für ausländische Jugendliche eine Verlängerung der Schulpflicht oder eine Ausbildungspflicht erwogen werden, die Grundkenntnisse verbreitert und eine "Ausbildungsbrücke" zum Arbeitsmarkt baut. Dafür müssen die Kommunen mit den Wirtschaftsverbänden die sachlichen Voraussetzungen schaffen.

Den jugendlichen Ausländern muß der Zugang zu den Freizeiteinrichtungen, z.B. den Sportvereinen, mit kommunaler Unterstützung stellenweise noch geöffnet werden.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kommunen

Die wachsende Arbeitslosigkeit betrifft grundlegend auch die Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden, die Aufgaben und den Bestand der kommunalen Selbstverwaltung:

- Sinkende Steuereinnahmen höhlen die kommunale Selbstverwaltung aus, zwingen zuerst zu Einschränkungen, ja zur Aufgabe der "freiwilligen" Leistungen, die den eigentlichen Inhalt der kommunalen Selbstverwaltung ausmachen.
- Die gesetzlich festgelegten Ausgaben für die Sozialhilfe steigen explosionsartig an, die staatlich verordnete Sozialfürsorge wird zur zentralen Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Dauerarbeitslosigkeit bringt für die Kommunen Einnahmeverluste und explosionsartig ansteigende Soziallasten

Seit Anfang der 80er Jahre gibt es eine gewisse Wanderungsbewegung zurück in die Kernstädte, vor allem aus dünn besiedelten ländlichen Räumen. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wandern zurück in die Kernstädte, teils in der Hoffnung, dort Arbeit und Einkommen zu finden, teils auf der Flucht vor einer für sie als unerträglich empfundenen Sozialkontrolle und auf dem Weg in eine wohlthuend empfundene Anonymität. Dadurch verschärft sich der gesellschaftliche Prozeß der Schichtenbildung, der in den 60er und 70er Jahren mit der Auswanderung der "sozialen Aufsteiger" in das Umland begonnen hatte. Zugleich vermehren sich die Sozialhifelastungen der Städte, während die Landkreise entlastet werden. Es gibt Landkreise, die mit einem Sozialhilfeaufwand von 30,- DM pro Einwohner jährlich auskommen, während Städte bereits bei Beträgen von 500,- DM pro Einwohner liegen. Die ungleiche Verteilung der Soziallasten, verstärkt durch die neue Wanderungsbewegung, bedarf der finanziellen Korrektur. Ein wirksamer Sozialhilfelastenausgleich als Bestandteil des Finanzausgleichs wird notwendig. Sonst sind manche Städte vom finanziellen Zusammenbruch bedroht.

Arbeitslosigkeit für Jugendliche ist eine langfristige Gefahr für die Gesellschaft

Die Frage, wie verfügbare Arbeit gerecht verteilt werden kann, wird die Kommunalpolitik allein nicht beantworten können.

Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Auch eine hochleistungsfähige Industriegesellschaft wird es auf Dauer nicht durchhalten können, dem größeren Teil der Bevölkerung bei steigendem Nominaleinkommen allein die verfügbare Arbeit zuzuteilen und einer wachsenden Minderheit die bloße Existenz aus dem sozialen Netz zu erhalten. Dies wäre nicht nur unsolidarisch, sondern auch unwirtschaftlich. Wenn die Arbeitslosigkeit als Dauerzustand erkannt wird, muß die Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden. Allein diese Lösung kann unerträgliche soziale Spannungen und Gegensätze verhindern.

Dazu kann die Kommunalpolitik nur punktuell Vorarbeit leisten:

- Die kommunalen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben in den letzten Jahren gesellschaftlichen Nutzen mit Arbeitsbeschaffung verbunden. Es ist zu prüfen, wie in Zukunft der darin steckende Gedanke in kommunalpolitisches Handeln umgesetzt werden kann. Die Kommunen können einen Beitrag leisten, um aus nötiger öffentlicher Unterstützung, verbunden mit vielen Menschen aufgezwungener Untätigkeit, bezahlte Beschäftigungen zu machen. Dies entspricht breitem Gerechtigkeitsempfinden, ist praktisch aber nur denkbar, wenn die Tarifparteien daran mitwirken und auf Zwang verzichtet wird.

- Genossenschaftliche Arbeits- und Unternehmensformen, die von Arbeitslosen gegründet werden, müssen unterstützt werden.

- Sinnvolle, vorübergehende Beschäftigungen gemeinnütziger Art auf freiwilliger Basis sind zu fördern.

Kommunalpolitik kann die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen; dennoch ist es ihre Aufgabe, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Beschäftigte und Nichtbeschäftigte sind gegenüber dem gesamten kommunalen Angebot gleichberechtigt. Die Nichtbeschäftigten bedürfen besonderer Hilfe und Förderung. Ihnen muß die Perspektive einer solidarischen Gesellschaft, die Arbeit und Einkommen gerecht aufzuteilen vermag, erhalten bleiben. Sie insbesondere müssen auch an die sozialen Aktivitäten der Selbsthilforganisationen, der Freizeit- und Sportverbände herangeführt werden.

IV. Kommunale Sozialpolitik unter neuen erschwerter Bedingungen

Die Sozialleistungssysteme werden neuen Belastungen ausgesetzt. Dies trifft insbesondere die Kommunen. Die Ausgaben für Sozialleistungen sind - politisch gewollt - über längere Zeit gestiegen. Transferleistungen insgesamt werden durch die Politik der Sozialdemokraten und Gewerkschaften ihrer sogenannten Lohnersatzfunktion historisch zum ersten Mal gerecht.

Die alten Vorzüge um die neuen Belastungen der Sozialleistungssysteme

In der Folge der wirtschaftlichen Krise wurden schon bisher Veränderungen der Belastungen und Leistungen erforderlich. Eine langfristige Wachstumsabschwächung wird weitere Korrekturen erzwingen, die allerdings prinzipiell nicht den Bestand der sozialen Leistungen aufbrechen dürfen. Die hohen Folgekosten der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung sind auch deshalb besonders schwer zu verkraften, weil gleichzeitig die Kosten der Alterssicherung und der Ausbildung noch hoch sind. Daneben hat sich die Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht zuletzt wegen der schwer einzuschränkenden Autonomie der privaten Anbieter als politisch nur begrenzt beeinflussbar erwiesen.

Das erfordert ein Umdenken bei Politikern und Bürgern und kann auch nur verständlich gemacht werden, wenn vernünftige, gerechte und realitätsbezogene Lösungen angeboten werden.

"Die Arbeiterbewegung hat in ihrer Geschichte die Erfahrung gemacht, daß soziale Gerechtigkeit sich nicht als Nebenprodukt marktwirtschaftlicher Mechanismen ergibt. Deshalb steht die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die "Grenzen des Sozialstaates" fest zum Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes und widersetzt sich entschlossen allen Versuchen, gesamtgesellschaftlich organisierte Solidarität abzubauen." (Grundwertepapier)

Das soziale Netz muß auf jeden Fall demjenigen das materielle Lebensrisiko mildern, der unverschuldet in eine Notlage geraten ist.

Der enge Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und Sozialleistungen

Allerdings müssen wenigstens für die nächsten Jahre, wenn nicht auf Dauer sogar, neue Relationen zwischen den Wachstumsraten der Wirtschaft und den Wachstumsraten der Sozialsysteme gefunden werden. Das bedeutet, daß bei möglicherweise regelmäßig sich wiederholenden Realeinkommensverlusten der Arbeitnehmer auch die Sozialleistungssysteme auf diesen Vorgang ausgerichtet werden müssen.

Der soziale Friede ist in einer entwickelten Industriegesellschaft vom Typ der Bundesrepublik eine wichtige Produktionsvoraussetzung. Aus kommunaler Sicht muß in diesem Zusammenhang verdeutlicht und gefordert werden, daß bei der erforderlichen politischen Neubestimmung von Transferleistungen und Sozialleistungsstandards im Sozialhilfebereich nicht unterschreibbare Mindeststandards gesetzt werden.

Die Möglichkeit, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neue Finanzverteilungen zur Sicherung dieser sozialen Mindestausstattung großer und größerer sozialer Gruppen zu finden, muß offengehalten werden.

Im Sinne gegenseitiger Solidarität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen muß von diesen auch anerkannt werden, daß bei bestimmten, z.B. demographischen Entwicklungen für einen Teil der Bevölkerung quantitativ mehr Leistungen erbracht werden als für andere.

Kommunale Sozialpolitik umfaßt zum einen die durch Bundes- und Landesgesetze vorgeschriebenen Bereiche (z.B. Bundessozialhilfegesetz und Jugendwohlfahrtsgesetz); zum anderen aber auch die "freiwilligen" Leistungen (z.B. die Förderung von Jugend- und freien Wohlfahrtsverbänden). Beide Bereiche bedürfen der Überprüfung und der kritischen Bewertung, aus der sich dann Forderungen an die Gesetzgeber in Bund und Ländern ebenso ergeben müssen wie Handlungsrichtlinien für die sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Die größte Bedeutung im gesamten Sozialhaushalt einer Kommune haben die Kosten, die sich aus den Ansprüchen aus dem Bundessozialhilfegesetz ergeben. In vergangenen Jahren waren es die Kosten bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen, die mit einem Anteil von etwa zwei Drittel der Gesamtaufwendungen im Sozialhilfebereich die Kommunen erheblich belastet haben und deshalb zu der Forderung geführt haben, daß Entlastungen für die Kommunen herbeizuführen. Die Herausnahme aller Versorgungs- und versicherungsähnlichen Leistungen, wie z.B. die Kosten der Pflegebedürftigkeit, aus der Leistungsverpflichtung der Kommunen und die Zuordnung zu anderen sozialen Leistungsträgern, durchgreifende Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen oder eine Regelung der Finanzierungsfragen für die als notwendig erkannte Entwicklung einer gemeindenahen

Bund, Länder und Kommunen müssen für steigende Sozialleistungen aufkommen

Entlastungen der Sozialhilfe müssen stattfinden

psychiatrischen Versorgung bleiben weiterhin Forderungen der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker.

Als Folge einer hohen Dauerarbeitslosigkeit haben jedoch die Belastungen der Kommunen bei den Hilfen zum Lebensunterhalt in den vergangenen zwei Jahren überproportional zugenommen. Bei der abzusehenden wirtschaftlichen Entwicklung werden diese Kosten bald den größten Anteil an den Gesamtaufwendungen im Sozialhilfebereich einnehmen. Daneben erfordert die hohe Sockelarbeitslosigkeit, daß zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen über die durch Gesetze vorgeschriebenen Regelungen hinaus ergriffen werden, um dem einzelnen seine außerordentlich schwere Belastung, arbeitslos zu sein, zu erleichtern. Auch diese Aufgabe müssen die Kommunen übernehmen.

Mißbräuche des Sozialleistungssystems müssen abgebaut werden

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker setzen sich dafür ein, daß Ungerechtigkeiten und Mißbräuche, die sich aus der Konstruktion des Bundessozialhilfegesetzes wie aus allen anderen Sozialleistungssystemen ergeben, beseitigt werden; Mißbräuche können aber niemals völlig ausgeschlossen werden. Schwarzarbeit neben dem Bezug voller öffentlicher Unterstützung zerstört die Solidarität aller für das soziale Netz. Sie ist ein klar zu verurteilender Mißbrauch.

Am Bedarfsdeckungsprinzip muß festgehalten werden

Am Bedarfsdeckungsprinzip des Bundessozialhilfegesetzes muß festgehalten werden. Die Gleichung "Abbau der Sozialhilfeleistungen gleich Stärkung der Investitionen gleich Abbau der Arbeitslosigkeit" ist falsch, weil der strukturelle Mangel an Arbeit damit nicht zu beseitigen ist.

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker sind nicht nur in finanziellen Notzeiten bereit, der Subventionsmentalität entgegenzutreten und Sozialleistungen daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zweckvoll sind, dem Gerechtigkeitssinn der Bürger entsprechen und der gebotenen Eigeninitiative nicht entgegenstehen.

Der sich aus der derzeitigen Finanznot ergebende Zwang zur massiven Sparmaßnahmen darf aber nicht dazu führen, daß der

Keine Verschiebung öffentlicher Lasten von einer auf die anderen Ebenen

kommunale Handlungsspielraum eingeschränkt wird und zukünftige Entwicklungschancen in Frage gestellt werden. Die Verschiebung von finanziellen Lasten von einer Ebene auf die andere ist nicht der richtige Weg. Der Zwang zu Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand darf auch nicht dazu mißbraucht werden, über Kürzungen bei den "freiwilligen" Leistungen berechnete soziale Errungenschaften wieder abzubauen und weitere notwendige Reformen zu blockieren. In diesem Sinne heißt es im Grundwertepapier:

"Der Politik der Konservativen einer grundsätzlichen Kehrtwende in der Sozialpolitik mit einem Abbau von Leistungen der Solidargemeinschaft und einer Reprivatisierung von sozialen Lebensrisiken setzen wir einerseits die Ergänzung des sozialen Sicherungssystems durch vorbeugende Einkommens- und Gesundheitspolitik, andererseits die notwendige Weiterentwicklung und teilweise Umorientierung unseres sozialen Sicherungssystems selbst entgegen: durch Steigerung der Effizienz der sozialen Dienste, durch die Förderung freiwilliger Mitarbeit in den Leistungssystemen, durch wirksame neue Formen der Selbsthilfe."

Die "freiwilligen" Leistungen sind für die Erfüllung kommunaler Aufgaben nicht von geringerer Bedeutung als die in den Städten und Gemeinden durch Gesetz oder Vertrag vorgeschriebenen Aufgaben. Im Gegenteil: Bei vielen der "freiwilligen" Leistungen handelt es sich in Wirklichkeit um Pflichtaufgaben, d.h., um Aufgaben, die, wenn sie nicht von Verbänden und Vereinen wahrgenommen würden, von den Städten und Gemeinden selbst übernommen werden müßten, um das für die Lebensqualität Notwendige und das für den Heimatort Typische zu gestalten. Die Kürzung "freiwilliger" Leistungen im Zuge von Sparmaßnahmen kann den Rückzug der Städte und Gemeinden aus der gesellschaftlichen Verantwortung bedeuten. Schon geringe Kürzungen können zum Zusammenbruch von Teilbereichen gesellschaftlicher Aktivität führen, die Selbsthilfe in Frage stellen und Arbeitsplätze gefährden. Die Unterstützung der Sportvereine, Jugendverbände und Träger der freien Wohlfahrtspflege ist gerade in Zeiten der Finanznot der öffentlichen Hand notwendig, weil sie die Städte und Gemeinden bei deren Aufgabenerfüllung entlasten.

Die für notwendig erklärte Unterstützung in der Jugendarbeit, in der kommunalen Kulturarbeit, vor allem neuer Eigeninitiativen, kann auch in finanziell schlechten Zeiten neues finanzielles Engagement der Kommunen erfordern. Zwar soll das Feld

Selbsthilfe der Bürger muß von den Kommunen mehr unterstützt werden

kommunaler Verantwortung möglichst nicht verbreitert werden. Aber da, wo berechnete Bedürfnisse des Bürgers weder durch ihn selbst noch durch Nachbarschaftshilfe oder freie Träger bedient werden können, muß nach wie vor die öffentliche Hand und damit vor Ort die kommunale Seite einstehen.

In der Vergangenheit haben die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung bewiesen, daß Sozialdemokraten für den anderen einstehen. An ihre Traditionen können die Kommunalpolitiker anknüpfen, heute glücklicherweise angesichts der durchgesetzten sozialen Sicherheit nicht mehr zum solidarischen Kampf gegen Elend und Not, wohl aber für ein besseres Miteinander und eine selbstverantwortete Lebensgestaltung.

Selbsthilfe legitimes Instrument kommunaler Aufgabenerfüllung

Angesichts der derzeitigen ökonomischen Rahmenbedingungen, die in allen Bereichen der öffentlichen Hand zu drastischen Sparmaßnahmen zwingen, kommt dem Selbsthilfeprinzip eine besondere Bedeutung zu.

Auf die Aktivitäten freier, auch kirchlicher Träger kann nicht verzichtet werden, wenn alle sich für die örtliche Gemeinschaft ergebenden sozialen Aufgaben erfüllt werden sollen. Die Selbsthilfe ist ein legitimes Instrument kommunaler Aufgabenerfüllung. Die finanzielle Unterstützung freier Träger setzt aber voraus, daß mit der Arbeit des freien Trägers ein praktischer sozialer Ausgleich vor Ort geleistet wird. Mit öffentlichen, d.h. hier kommunalen Mitteln darf letzten Endes nur das finanziert werden, was in seiner Substanz und in seinen Zielen auch den öffentlichen, den kommunalen Zwecken und Aufgaben dient. Kommunale Mittel müssen deshalb ihren Niederschlag auch in kommunalen Zwecken finden und dürfen nicht der Finanzierung darüber hinausgehender Organisations- und Investitionsbereiche dienlich gemacht werden. Auch der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen freier Träger darf nicht vernachlässigt werden. Mindestens in diesem Umfang kann nicht auf die Kontrolle der Institutionen, Organisationen, Instrumente und Formen, die entsprechend finanziert werden, verzichtet werden. Das Grundwertepapier stellt dazu fest:

"Für uns bedeutet Subsidiarität nicht den prinzipiellen Vorrang von privater vor öffentlicher Hilfe; die Frage ist nicht, wer die Aufgabe leistet, sondern wie sie und wo sie zweckmäßigerweise geleistet wird."

Freie Träger genießen keine Sonderrechte

Noch immer verlassen sich Bürger zu sehr auf staatliche Hilfe, obwohl viele Hilfen durch Nachbarschaft und in Gruppen wirksamer und schneller erbracht werden könnten. Deshalb müssen entsprechende Organisationsformen geschaffen und unterstützt werden, zumal sich nicht nur im sogenannten alternativen Bereich erkennen läßt, daß eine zunehmende Sympathie für Selbsthilfegruppen oder Nachbarschaftshilfe entsteht. Allerdings werden diese neuen Formen der Sozialpolitik die Finanzierungs-krise im Bereich des Sozialleistungssystems allein nicht lösen können.

Neben dem Finanzierungsproblem gibt es noch ein anderes Problem im Bereich der Sozialpolitik: Die zunehmende Angst vor oder das schwindende Vertrauen in eine aufgeblähte Sozialbürokratie. Zu berücksichtigen ist auch, daß die kommunalen Sozialverwaltungen in den kommenden Jahren großen Belastungen ausgesetzt sein werden. Dies gilt nicht nur für die Menge der anfallenden Arbeit. Je länger die Klienten in einer von ihnen als entwürdigend empfundenen Situation betreut werden müssen, desto mehr werden sie entweder unfriedlich oder apathisch. Zudem besteht die Gefahr einer Klassifizierung und Abstempelung des undankbaren und störrischen Klienten umso mehr, je länger die Versorgung dauert und sich bestimmte Konflikte wiederholen. Die Sozialarbeit muß sich diesen Problemen stellen und den Betroffenen helfen; sie darf die Konflikte aber nicht einseitig zu einer individuellen Interessenvertretung gegenüber der Verwaltung vereinfachen.

Je größer die Leistungsabteilungen der Sozialämter sind, desto mehr entsteht das Bewußtsein einer dauerhaft künstlichen Bezugswelt (Vorstellung der "Sozialtante"). Deshalb sind die Sozialverwaltungen auf Dezentralisierung in dem Maße angewiesen, in dem ihre Mengen- und Dauerbelastung steigt. Die orts- und familiennahe Gewährung von Leistungen nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe entspricht nicht nur den psychologischen und therapeutischen Notwendigkeiten, ist also angemessener und wirkungsvoller; sie ist letztlich auch wirtschaftlicher.

In einer Zeit knapper öffentlicher Mittel kommt es darauf an, durch organisatorische und personelle Veränderungen im Behördenaufbau und in der Arbeitsorganisation Handlungsspielraum dafür zu

Die Schwierigkeiten der Sozialbürokratie

Den Hilfsbedürftigen unbürokratisch helfen

gewinnen, den wirklich Hilfsbedürftigen ohne erhebliche Ausweitung des Leistungsvolumens ganzheitlich zu ihrem Recht zu verhelfen und sie nicht bürokratisch zu zerhacken.

Nichtbetreuung und Überversorgung können vermieden werden, wenn

- die präventive Hilfestellung stärker betont wird,
- ein verstärkter Übergang von der punktuellen Einzelfallhilfe zu gemeinwesenbezogener Arbeit angestrebt wird,
- eine bessere Koordination wirtschaftlicher (Geld- und Sachleistungen) und persönlicher Hilfen (Beratung, Betreuung) erreicht wird,
- und eine bessere Verzahnung der Aufgabenerledigung der einzelnen Dienststellen und Einrichtungen, die soziale Dienste und Leistungen erbringen, vorgenommen wird.

Das Ziel "mehr Bürgernähe und mehr Effizienz" muß auch und gerade für den publikumsintensiven Bereich der kommunalen Sozialverwaltungen gelten. Modellvorhaben wie das Projekt "Verwaltung für den Bürger - Bielefelder Modell einer bürgernahen Sozialverwaltung" (Forschungsgruppe Sozialplanung und Sozialverwaltung e.V. Bielefeld, Bielefeld/Bonn 1982), das im Auftrag des Bundeskanzleramtes durchgeführt wurde, zeigt, daß "öffentliche Verwaltung auch in Zeiten vergleichsweise kärglich gefüllter Kassen zu Reformen fähig und bereit ist und daß Verbesserungen zu Gunsten der Sozialschwächsten auch noch in Zeiten verschärfter Verteilungskämpfe möglich sind."

Das Bielefelder Modell enthält praktische Organisations- und Verfahrensvorschläge, die von anderen Kommunen unterschiedlicher Größenordnung zur Grundlage eigener Entscheidungen für Verbesserungen in der Sozialverwaltung gemacht werden können und sollten.

V. Künftige Aufgaben kommunaler Gesellschaftspolitik

1. Kommunalpolitik und Selbstorganisation der Bürger

Neuen Aufgaben sind in den Kommunen enge Grenzen gesetzt

In den kommenden Jahren sind der Erschließung neuer, öffentlich finanzierter Aufgaben im Interesse aller Bürger enge Grenzen gesetzt. Umso politisch bedeutsamer wird die Feinabstimmung des öffentlichen Wirkens der Kommunalpolitik mit der Selbstorganisation der Bürger durch Vereine und Verbände, deren Unterstützung und Stärkung, auch zur Entlastung des öffentli-

chen Aufgabenbestandes und zur Bewältigung neuer gesellschaftlicher Probleme.

Dies bedeutet im Regelfall keineswegs den Rückzug der Kommunalpolitik aus gesellschaftlicher Verantwortung. Vielmehr erfordert es eine stärkere Zuwendung der gewählten Vertreter zur Vereins- und Verbandsarbeit, durch besser organisierte Zusammenarbeit, durch gleichzeitige Mitarbeit im Rat und in Verbandsgremien, durch finanzielle Förderung, die materielle Impulse zur Selbsthilfe auslöst. Hier liegt das eigenständige Feld kommunalpolitischer Verantwortung.

Es kommt darauf an, die erreichte, hohe Lebensqualität im öffentlichen und privaten Bereich durch eine Stärkung und Förderung ehrenamtlicher Selbstverpflichtung und Arbeit zu sichern. Dadurch läßt sich auch eine vielfältigere, intensivere und sadurch läßt sich auch eine vielfältigere, intensivere und öffentlichen Einrichtungen erreichen, die zugleich neue Bedürfnisse, vor allem der Freizeit, aufgreifen kann.

Vorhandenes bewahren und besser nutzen

2. Kommunale Unterstützung der Vereinsarbeit

Selbstverständlich unterliegt aber auch die Förderung der Vereins- und Verbandsarbeit einer dauernden Aufgaben- und Wirksamkeitskritik bei sich wandelnden Verhältnissen, ebenso wie die in Alleinverantwortung der Kommune wahrgenommenen Aufgaben. Ihr besonderer Wert liegt zusätzlich in der aktiven Rolle für das öffentliche Leben, die ehrenamtliches Engagement hervorruft. Die Idee der Selbstverwaltung ist darauf angewiesen, daß die Menschen öffentliche Begegnungen, Nachbarschaft und Hilfe zuerst selbst gestalten und sich aus der Passivität bloßen Konsums öffentlicher Dienstleistungen herausbewegen, wenn sie dazu in der Lage sind.

Ehrenamtliches Engagement ist zu unterstützen

3. Entwicklungsplanung für die Stadt und die Stadtteile

Für die Entwicklung der Kommune und ihrer Teile sind politische Grundlinien zu formulieren, ohne daß dabei der früheren Planungs euphorie nachgegeben werden darf. Mit einer so angelegten Entwicklungsplanung für die ganze Stadt kann dem Bürger der Weg gezeigt werden, wohin die gesellschaftspolitische Reise gehen soll, was er von diesem Gemeinwesen, in dem er lebt, an Arbeitsplätzen, an Infrastruktur, an Dienstleistungen

zu erwarten hat. Nur aus einer verbindlichen, wenn auch fortschreibbaren Zielvorstellung über das vorgesehene Schicksal einer Stadt läßt sich der Infrastrukturbedarf sorgfältig und sparsam entwickeln, kann das Hinterherlaufen hinter nicht überschauten Entwicklungen und die Gefahr von Fehlinvestitionen vermieden werden.

Politische Grundlinien für die Stadt sind unbedingt notwendig

Das Formulieren der politischen Grundlinien muß auch auf kleinräumigen Konzepten aufbauen. Dabei müssen heute die in der Wachstumsphase zu wenig beachteten Bedürfnisse nach wohnnaher Versorgung aufgenommen werden. Stadtteilentwicklungspläne sollen nach der Phase der privaten und öffentlichen Investitionen in der Grundversorgung dazu beitragen, kommunale Einrichtungen dem Stadtteilbedarf genauer anzupassen und auf die veränderten Bevölkerungsstrukturen umzustellen. Dazu kann auch der rechtzeitige Abbau von Überkapazitäten wegen des allgemeinen Bevölkerungsrückganges und der stadtinternen Wanderungsbewegungen gehören. Generationsbezogene Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Grund- und Hauptschulen, Altentagesstätten) müssen vorausschauend den Generationenschüben in den Neubaugebieten angepaßt und nach einer langfristigen Bedarfsplanung umstrukturiert werden.

Viele Stadtteile leiden nach den Phasen des Massenwohnungsbaus immer noch unter dem Mangel an öffentlichen und genügend differenzierten privaten Versorgungseinrichtungen. Außerdem haben sich bisher private und öffentliche Stätten der Begegnung nur unzureichend entwickeln können. Die Bauleitplanung muß deshalb vorhandene Ansätze zur Zentrenbildung in den Stadtteilen aufnehmen und dort stärker als bisher Mischnutzungen zulassen. Das erfordert die Überarbeitung der in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre beschlossenen Bauleitpläne.

Stadtteilprobleme bearbeiten

Die Weiterentwicklung der Stadtteile in Randlagen schließt auch die planmäßige Ausweitung der Versorgungsfunktionen für das Umland ein. Sonst droht eine Verstreuung zentraler Versorgungsfunktionen in die Fläche. Das wäre siedlungspolitisch, verkehrspolitisch und volkswirtschaftlich unvertretbar. Als Folge der Wanderung von den Kernstädten in das Umland verstärkt sich der Interessendruck von Investoren, große Versorgungseinrichtungen auf der grünen Wiese mit großem Parkplatzangebot einzurichten. Diesem Druck muß eine planmäßige Stadtteilentwicklung begegnen.

4. Dezentrale Kommunalpolitik in Bezirksvertretungen und Ortsbeiräten

Wir leben in einer Zeit der Rückbesinnung der Bürger auf den eigenen Stadt- und Dorfbereich und auf kleinräumigere Organisationsformen. Der Ausgestaltung dezentraler Politik- und Verwaltungsformen wie Ortschaftsverfassung, Ortsbeiratverfassung, Bezirksverfassung gilt deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit:

In der Phase des größeren Wirtschaftswachstums und des Nachholbedarfs an Versorgungseinrichtungen hat sich die Kommunalpolitik auf die Investitionen und den Ausbau zentraler Dienste konzentriert. Zugleich hat die Flut gesetzlicher Programmsteuerung das kommunale Handeln typisiert und mit einem abstrakten, schwer verständlichen Regelnetz verfremdet. Zwischen den großen Sorgen der zentralen kommunalpolitischen Gremien einerseits und den kleinen Alltagssorgen der Bürger andererseits ist eine politische Integrationslücke entstanden. Es ist die Aufgabe der Kommunalpolitik der 80er Jahre, diese Lücke durch Stadtteil- und Ortsteilarbeit zu schließen. Das Eingehen auf die kleineren Sorgen und die dezentrale Politik gewinnen ein größeres Gewicht. Hier liegen die Aufgaben der Bezirksvertretungen und Ortsbeiräte.

Manche Bezirksvertretungen und Ortsbeiräte haben sich in der Vergangenheit im Kampf gegen geplante Großinvestitionen in Stadtteilen, die im Gesamtinteresse des Gemeinwesens liegen, politisch profiliert. Sie haben dadurch die Kompetenz der zentralen kommunalpolitischen Gremien angegriffen und geschwächt. Dies hat die verbreitete Argumentation gefördert, die Dezentralisierung der Kommunalpolitik in die Stadt- und Ortsteile hinein atomisiere den politischen Willensbildungsprozeß und mache die zentralen kommunalpolitischen Gremien handlungsunfähig.

Diese Argumente mögen in dem Maß an Überzeugungskraft verlieren, wie Großinvestitionen zurückgehen. Überall, wo übergreifende Probleme zu lösen/oder einheitliche Maßstäbe durchzusetzen sind, muß es allerdings auch künftig bei der zentralen Zuständigkeit mit dezentraler Beratung und Antragsrecht an die Räte und deren Ausschüsse bleiben.

Dezentrale Politik- und Verwaltungsge- staltung bringen Vorteile

5. Politische Vorfelddarbeit im Wohnbereich

Einer dezentral angelegten Kommunalpolitik, die auf die Alltagssorgen in den Stadtteilen eingeht, muß die politische Vorfelddarbeit der Partei entsprechen.

"Neben der auf Willensbildung und Entscheidung in Parteigremien und Parlamenten ausgerichteten Arbeit muß der Stadtteilarbeit, der Arbeit mit speziellen Zielgruppen, themenzentrierten Initiativen und Kampagnen größeres Interesse gelten. Gleichzeitig muß sich die Partei noch mehr als bisher als Forum für die kontroverse Diskussion wichtiger gesellschaftlicher Probleme anbieten, auch über die Grenzen der Partei hinaus." (Grundwertepapier)

Politische Vorfelddarbeit bedeutet Anerkennung, praktische Unterstützung der Mitbürger und ihrer Verbände. Die Arbeit der Vereine entlastet in zahlreichen Fällen die Kommune. Sie ist Ausdruck des Gestaltungswillens, der Selbständigkeit und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Bürger und verlangt deshalb Unterstützung.

Anerkennung der Arbeit der Verbände

Die SPD-Ortsvereine sollen bei ihrer Willensbildung und mit allen gesellschaftlichen Institutionen ihres Wirkungsbereiches Anhörungen zu Sachfragen durchführen. Es ist zu begrüßen und positiv für die Partei zu bewerten, wenn Parteimitglieder in möglichst vielen dieser Organisationen und Institutionen praktisch mitarbeiten. Damit unterstützen sie nicht nur deren Ziele und Aufgaben, sondern schaffen auch Vertrauen für die SPD und für sich als Person. Bei Kommunalwahlen neigen erfahrungsgemäß die Bürger eher zu jenen Kandidaten, die durch praktische Mitarbeit, durch bürgerschaftliches Engagement Achtung und Vertrauen erworben und gezeigt haben, daß sie zum zuverlässigen Einsatz und zur Übernahme von Verantwortung für ihre Mitbürger bereit sind. Diejenigen, die in den Kommunen Verantwortung tragen, müssen durch politische Unterstützung und durch Präsenz und Repräsentanz in der Arbeit und bei den Veranstaltungen der gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen deren Arbeit sichtbar anerkennen und würdigen.

Sozialdemokraten engagieren sich in Vereinen und Verbänden

Die SPD leistet mit ihren Ortsvereinen einen Beitrag zur kommunalen und politischen Kultur unserer Städte und Gemeinden. Sie beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerungsgruppen, die zu einer Selbstorganisation nicht fähig sind, und sie wird die Neubürgerbetreuung verstärken.

Sie muß aber auch die Kontakte zu den traditionellen Kulturvereinen und besonders zu den Turn- und Sportvereinen ausbauen.

6. Politische Kultur in der kommunalen Demokratie

Die Nähe der Kommunalpolitik zum Alltagsleben der Bürger erleichtert die Aufgabe der Politiker, weil hier am Überzeugendsten deutlich wird, wie jeder einzelne unvermeidlich Betroffener ist und daß auch jeder Bürger sich selbständig und selbstverantwortlich beteiligen kann. Der unmittelbare Bezug zwischen der Politik und dem Leben und Arbeiten in der Kommune erfordert aber auch ein hohes Maß an demokratischer politischer Kultur, weil die Konkurrenten in der Politik immer auch Bürger des gleichen Gemeinwesens bleiben.

Politische Kultur bedeutet Anstand und Fairneß gegenüber Andersdenkenden

Die Pflege so verstandener demokratischer Kultur muß insbesondere der zunehmenden Gleichgültigkeit, dem Rückzug, der Verachtung oder gar Feindschaft gegenüber den demokratischen Entscheidungsformen und Entscheidungssituationen entgegenwirken, den sichtbar werdenden Abbau von Liberalität oder gar die Kriminalisierung politisch Andersdenkender verhindern und sich autoritären und demokratiefeindlichen Konsequenzen entgegenstellen.

Da sich Politik über Personen vollzieht, müssen diejenigen den Anstoß geben, die in den Städten und Gemeinden politische Verantwortung tragen. Ihr Umgang untereinander, besonders unter politisch Andersdenkenden, setzt Maßstäbe und Beispiele für politische Kultur.

Gefordert sind Geduld und Bereitschaft zum Zuhören gegenüber allen Bürgern, auch gegenüber solchen, die der öffentlichen Verwaltung kritisch gegenüberstehen oder sich gar politisch verweigern.

Die Amtsführung von Kommunalpolitikern muß eine deutliche Trennung zwischen privaten Interessen und öffentlichen Aufgaben zur Grundlage haben. Es gilt, auch den bösen Schein einer Vermengung zu meiden. Sie können ihre Mitbürger nur überzeugen, wenn Wort und Tat nahtlos bis in das Privatleben übereinstimmen. Ihre Gesprächsbereitschaft und Präsenz

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker halten öffentliche Belange und ihre eigenen privaten Interessen auseinander

im öffentlichen Leben sind Voraussetzungen einer demokratischen Grundübereinstimmung.

Politische Kultur heißt auch Bürgerengagement

Zur demokratischen politischen Kultur gehört aber auch die aktive Teilhabe der Bürger am kommunalpolitischen Geschehen. Der Bürger muß erkennen können, daß er in der Kommunalpolitik seine ureigensten Probleme selbst regeln kann und in manchen Bereichen auch muß. Es müssen ihm deshalb ausreichende Chancen zu Engagement und Mitentscheidung eröffnet werden. Die Information der Bürger und die bürgerschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten müssen - ohne daß deshalb das repräsentative System aufgegeben wird - im Bereich der Planung wie der Entscheidung ausgebaut werden (Stadtteilarbeit, Ortschaftsverfassung, Bezirksverfassung).

Die Überzeugungskraft und die Akzeptanz einer kommunalpolitischen Entscheidung kann in vielen Fällen wichtiger und effizienter sein als die Ersparnis von Verwaltungsaufwand und die Verhinderung von Verzögerungen bei der Entscheidung. Eine bessere Qualität in der politischen Entscheidungsfindung wird so vielfach nur um den Preis geringerer Leistungskraft des kommunalen Apparats zu haben sein. Hier immer die richtigen Kompromisse zu finden, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Kommunalpolitik der 80er Jahre. Auch bei weitestgehender Beteiligungsbereitschaft kann nicht endlos diskutiert werden, sondern muß irgendwann entschieden werden. Wenn Entscheidungen bedürfnis- und situationsgerecht getroffen werden sollen, ist die Zeit dafür oft begrenzt.

Der Machtkampf um politische Mehrheiten in den Städten und Gemeinden muß in Formen und mit Mitteln ausgetragen werden, die vom Bürger gebilligt werden, sein Engagement ermöglichen, es sogar herausfordern.

7. Neue Kommunikationstechnologien

Die öffentliche Diskussion um die Rolle der neuen Medien und Kommunikationstechnologien in unserer Gesellschaft hat in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen. Einerseits zeichnen sich für die Bundesrepublik erhebliche informationstechnologische Innovationen ab; andererseits fehlt es im Hinblick auf diese Veränderungen an den notwendigen medienpolitischen, wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen. Dabei

Neue Medien gewinnen an Bedeutung

ist der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken in Industrie, Handel und Verwaltungen von ihrer Nutzung in Medien- und Kulturbereich zu unterscheiden. Im Interesse der Allgemeinheit ist es dringend erforderlich, eine Gesamtkonzeption für die zukünftige Entwicklung im Medienbereich zu erarbeiten. Dies muß durch eine offene und breite Diskussion begleitet werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, einerseits tatsächliche Gefahren für die Gesellschaft abzuwenden und andererseits unbegründete Besorgnisse einzuzugrenzen.

Gesamtkonzeption für Medien notwendig

Die Telekommunikation ist grundsätzlich bedeutsam für Raumordnung und Städtebau. Die Kommunen sind daher durch diese Vorgänge und Entwicklungen mittelbar und unmittelbar betroffen. Dementsprechend müssen sie auf staatlicher, regionaler und örtlicher Ebene bei allen Planungen beteiligt werden. Dabei sind insbesondere folgende Fragestellungen und Konsequenzen zu berücksichtigen:

1. Im Bereich der Individualkommunikation:

Es ist davon auszugehen, daß für die technische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik die Individualkommunikation (Sprach-, Text-, Daten-, Festbild- und Bewegtbildübertragung) wichtiger ist als die Massenkommunikation. Für die räumliche Wirkung sind Dezentralisations- und Konzentrationsvorgänge zu unterscheiden. Durch den möglichen Einfluß der Techniken auf die Produktionsbedingungen im Bürobereich und im güterproduzierenden Bereich müssen die wahrscheinlichen Strukturveränderungen und evtl. auch Funktionsstörungen für die Stadt und für den ländlichen Raum rechtzeitig bedacht werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei Verlagerungen von Arbeitsplätzen an die Peripherie der Stadt bzw. in die Wohnungen, Entdichtung der Stadtkerne und Umwidmung für andere Nutzungen, Veränderungen des Berufsverkehrs, Verhältnis von Stadt und Umland sowie die generellen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation.

2. Für den Bereich der Massenkommunikation:

Bei einem weiteren Ausbau des Rundfunk- und Fernsehnetzes durch eine regionale oder lokale Rundfunkorganisation ist die Mitwirkung der Städte und Gemeinden sicherzustellen. Dabei ist allerdings als allgemeine Schranke grundsätzlich

Funktionsstörungen der Städte durch neue Technologien nicht auszuschließen

Mitwirkung der Kommunen sichern

die Staatsfreiheit von Meinungs- und Willensbildungsprozessen zu beachten. Hier ist die Gemeinde als Verwaltungseinheit ebenso als eine externe Kraft zu betrachten wie der Staat. Darüber hinaus müssen sich die Gemeinden im Informations- und Nachrichtensektor von allem fernhalten, was überregionale Nachricht und Information auf Bundes- und Landesebene darstellt. Nur das Lokale kann Gegenstand kommunaler Funkberichterstattung sein. Im Rahmen dieser Grenzen ist eine gemeindliche Öffentlichkeitsarbeit über Rundfunkwellen zulässig. Anzustreben ist daher die Berücksichtigung kommunaler Belange durch Sendezeiten innerhalb des Gesamtprogramms einer örtlichen oder überörtlichen Rundfunkanstalt, also die Kooperation der Gemeinde mit einem seinerseits rundfunkmäßig organisierten Träger.

3. Für die kommunale Beteiligung beim Ausbau der Kabelnetze:

Die Erstellung von Kabelnetzen wirkt sich auf die örtliche Daseinsvorsorge, die Stadtentwicklung und die Standortgunst aus. Darüber hinaus kann die Nutzung des Kabelnetzes auch kommunale Informations- und Dienstleistungsangebote sowie technische Regel-, Meß- und Kontrolldienste einbeziehen. Bei einem weiteren Ausbau der Netze ist deshalb sicherzustellen, daß die Deutsche Bundespost das Fernmeldemonopol so handhabt, daß die kommunalen Belange berücksichtigt werden. Dafür ist zumindest die Pflicht zur Information und das Mitspracherecht der Stadt bei der Verkabelung bestimmter Gebiete zu fordern.

Ein Breitbandverteilsnetz muß das kommunale Wegenetz benutzen. In diesem Zusammenhang ist zu klären, ob das Telegraphenwegesgesetz die Verlegung von Breitbandkabeln zur Aufnahme von örtlichen Informations- und Dienstleistungsangeboten deckt. Bei einer Novellierung des Telegraphenwegesetzes muß neben der Frage der möglichen Entgeltlichkeit der Wegebenutzung auch die Forderung nach einer geordneten und maßgeblichen Mitwirkung der Gemeinden in einem entsprechenden Planfeststellungsverfahren berücksichtigt werden.